

Stellungnahme der UWG-Fraktion Raesfeld-Erle e.V. zum Haushalt der Gemeinde Raesfeld für das Jahr 2024

-Freigabe zur Veröffentlichung ab Montag, 18. Dezember 2023, 17:00 Uhr-

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Tesing,
sehr geehrter Herr Erster Beigeordneter Büsken,
verehrte Ratsmitglieder,
geschätzte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,
sehr geehrte Vertreter der Presse,
liebe Bürgerinnen und Bürger,

wir beraten nun über den Haushaltsentwurf 2024. Meine einleitenden Worte der letzten Haushaltsrede sind leider noch immer aktuell.

Wirtschaftlich ist unser Land schwer angeschlagen, die Lebenshaltungskosten befinden sich immer noch auf einem hohen Niveau, der Krieg in unserer Mitte ist leider immer noch existent. Zusätzlich erleben wir einen erneuten Konflikt im Gazastreifen. Die Welt gerät aus den Fugen.

Die Politikverdrossenheit im ganzen Land nimmt stetig zu und beschert den rechtspopulistischen Parteien nicht nur europaweit, sondern sogar hier bei uns im Münsterland enormen Zulauf.

Hier sind wir alle gefordert, dieser Entwicklung entgegenzutreten. Maßnahmen könnten beispielsweise folgende sein:

- Politische Aufklärung
- Bekämpfung sozialer Ungleichheit
- Stärkung demokratischer Parteien
- Dialog und Zusammenarbeit
- Förderung politischer Bildung

Jeder einzelne von uns kann dies unterstützen u. a. durch Zivilcourage und Aussprechen und Aufzeigen von Problemen, die jeden von uns betreffen.

Wir dürfen nicht zulassen, dass bestimmte Begriffe oder Themenfelder von rechten Gruppen monopolisiert werden. Es geht darum sicherzustellen, dass die Begriffe oder Themen nicht für rassistische, fremdenfeindliche oder andere diskriminierende Zwecke missbraucht werden.

Es muss gesagt werden dürfen,

... dass wir, die Kommunen, ein Problem mit der hohen Anzahl an Flüchtlingen haben,
... dass wir die finanziellen Zuwendungen ggf. durch Sach- und Wertgutscheine ersetzen sollten,

... dass wir die Zahlungen des Kindergeldes, Bürgergeldes deutlich besser kontrollieren müssten

.. und dass junge Eltern natürlich zunächst einmal Unsicherheit entwickeln, wenn Flüchtlingsunterkünfte im Bereich von Grundschulen eingerichtet werden.

Dies alles und noch vieles mehr sind Probleme, die uns nicht nur in Raesfeld, sondern bundesweit umtreiben. Wir dürfen bestimmte Themenfelder nicht der AfD überlassen, sondern sollten sie sachlich und konstruktiv benennen und diskutieren.

Doch blicken wir nun zurück auf unsere Gemeinde Raesfeld. Hier konnten wir mit Blick auf die Investitionen einiges erreichen.

Wir konnten die Dorfentwicklung weiter vorantreiben.

Der langersehnte Drogeriemarkt befindet sich nun endlich in der Planung und mit einem Baubeginn kann vielleicht zum Ende des Jahres 2024 gerechnet werden.

Der Umbau des Femeichengeländes, des Parkplatzes am Rathaus und vieles mehr steht nun im kommenden Haushalt an. Das Dach des Hauptturms unseres Schlosses und der Rittersaal werden erneuert, bzw. renoviert. Auf die kommenden politischen Diskussionen zu diesen Themen darf man gespannt sein.

Zusätzlich investieren wir weiterhin in unsere Sicherheit im Bereich der Freiwilligen Feuerwehr.

Wir nähern uns dem Themenbereich des Klima- und Umweltschutzes aus Sicht des Klimaschutzberichtes.

Hierzu wären u.a. folgende Maßnahmen zu nennen, die wir anstoßen bzw. mit dem nun vorliegenden Haushalt umsetzen werden:

- der Umbau des Rathausparkplatzes unter Klimaschutzgesichtspunkten
- der Ausbau der Radinfrastruktur
- die E-Mobilität im Bereich des Automobilverkehrs
- die Mobilstationen im öffentlichen Personennahverkehr
- ein moderater Ausbau der Windkraft in Raesfeld, Erle und Homer unter Berücksichtigung des Natur- und Landschaftsschutzes
- die Aufnahme der Verpflichtung von PV-Anlagen bzw. Gründächern in die Bauleitplanung
- ein Konzept zur kommunalen Wärmeplanung
- die Energieversorgung öffentlicher Gebäude durch Wind, Sonne, Biomasse und Geothermie
- sowie auch in diesem Zusammenhang eine mögliche Gründung eigener Gemeindewerke

Das alles lässt uns als UWG positiv in die Zukunft blicken. Wir wissen natürlich, dass wir alleine die Welt nicht retten können, aber wir leisten, gesehen auf unsere Größe, einen wichtigen Beitrag.

Anfänglich habe ich auf die Gefahren vor einem Vormarsch der Rechtsextremen hingewiesen.

Auf kommunaler Ebene sollten wir genauso viel Energie zur Bekämpfung dieser Strömungen aufbringen, wie derzeit für die Dorfentwicklung und den Klima- und Umweltschutz.

Dazu gehört aus unserer Sicht ein elementar wichtiger Punkt:

Die Transparenz politischer Entscheidungen

Die politische Transparenz ist ein wichtiger Aspekt in der Kommunalpolitik. Eine transparente Politik ermöglicht den Bürgern die Entscheidungsprozesse nachzuvollziehen, Informationen über politische Maßnahmen zu erhalten und das Vertrauen in die politischen Institutionen zu stärken.

Der Bezirksbürgermeister von Köpenick sagte einmal dazu folgendes:

„Es ist in einer modernen Gesellschaft schlichtweg nicht mehr ausreichend, Bürgerinnen und Bürger alle fünf Jahre mit einem Kreuz auf einem Wahlzettel zu beteiligen“.¹

Also, wie können wir politische Transparenz erreichen?

1. Offenlegung von Informationen
2. Bürgerbeteiligung
3. Öffentliche Kommunikation

Wir als UWG sind der Meinung, dass wir alle in allen 3 Kernbereichen weiter an uns arbeiten sollten und uns verbessern müssen, um als Gemeinde weiter zu wachsen. Leider haben wir diese Punkte, insbesondere in den letzten Wochen, sträflich vernachlässigt.

Flüchtlingsunterkunft

Die Entscheidung, das Jugendhaus Erle als Flüchtlingsunterkunft zu nutzen, zeugte nicht gerade von einem Musterbeispiel transparenter Lokalpolitik.

Nun ist die politische Entscheidung zu Gunsten einer Flüchtlingsunterkunft gefallen. Darüber kann man kontrovers diskutieren. Die Mehrheit, bestehend aus CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen, hat entschieden, dass dies der beste Weg für die Gemeindeverwaltung und die Flüchtlinge sei.

Aber wurde dabei ernsthaft und bis in letzter Konsequenz an unsere Bürgerinnen und Bürger gedacht?

¹ Oliver Igel, Bezirksbürgermeister von Treptow-Köpenick

Die Art und Weise, wie die Verwaltung dieses Vorhaben behandelt hat, ist, gelinde gesagt, als ungenügend zu bewerten. Hier hätte man sich die Stadt Borken als Vorbild nehmen können.

Die Entscheidung über die Umwidmung des Jugendhauses sollte im Rat in nichtöffentlicher Sitzung erörtert werden. Nicht nur wir als UWG haben uns gefragt, warum?

Das beliebte Argument eines Grundstücksgeschäftes darf hier nicht als Vorwand dienen, elementare Entscheidungen, die das Leben der Bürgerinnen und Bürger wesentlich betreffen, im stillen Kämmerlein zu treffen. Der Antrag der FDP-Fraktion auf Verlegung in den öffentlichen Teil der Ratssitzung war somit folgerichtig und legitim.

Selbst die Frage möglicher Kosten für beispielsweise bestehende Alternativen, hätte aus unserer Sicht öffentlich sein müssen.

Vertragsgeschäfte und Vergaben sind ohne Zweifel nichtöffentlich..., aber die Ermittlung von grob geschätzten und grob kalkulierten Kosten für mögliche Containerlösungen, umfassen aus unserer Sicht die Informationsrechte der Bürgerinnen und Bürger und müssen somit auch im öffentlichen Teil zur Sprache kommen.

Für uns als UWG ist bereits jetzt klar, dass es vermutlich in der Zukunft vermehrt Anträge auf Einbeziehung der Öffentlichkeit geben wird.

Auch das unterschwellige Ausspielen der Raesfelder und Erler Bürger hinsichtlich der derzeitigen Flüchtlingszahlen auf dem jeweiligen Gemeindegebiet ist kein sinnvoller Schritt. Wir sollten Raesfelder, Erler und Homeraner vereinen und keine neuen Zwistigkeiten anstoßen.

Kommen wir zurück zum Punkt. Die drei Fraktionen haben zusammen für die Umwidmung des Jugendheimes votiert.

Das ist ihr demokratisches Recht. Jedes Ratsmitglied ist letztendlich seinem Gewissen verpflichtet und ich bin überzeugt, dass die Entscheidung aus ihrer Sicht bei dem damaligen Informationsstand auch die richtige für sie war.

Ein Grund für diese Entscheidung war neben den fehlenden Flächen auch, die augenscheinlich hohen Kosten für eine mögliche Containerlösung.

Uns allen sollte schon klar sein, dass der Umbau des Jugendhauses nicht für 5.000,- Euro erfolgen kann.

Bei der Kostenerhebung für ein Containerdorf werden nicht die Investitionen für die Renovierung/Sanierung nach einem möglichen Auszug der Flüchtlinge aus dem Jugendhaus berechnet.

Sehr verehrte Ratsmitglieder, das ist doch nicht wirklich durchdacht!

Wir geben beispielsweise über 150.000, - Euro (inklusive Fördergelder) für Fahrradständer am Schloss Raesfeld und am Rathaus aus und klagen gleichzeitig über zu hohe Kosten für die Containerlösung?

Was stimmt hier nicht?

Politische Transparenz ist ein kontinuierlicher Prozess der von politischen Entscheidungsträgern, Bürgern und der Gesellschaft als Ganzes unterstützt werden muss.

Durch die Stärkung der politischen Transparenz können wir eine offene und verantwortungsvolle Kommunalpolitik fördern.

Lassen Sie uns keine Angst davor haben.

In der Folge dieses unglücklichen Vorfalls erlebten wir in Raesfeld und Erle einen beispielhaften Vorgang gemeinschaftlich bürgerlichen Handelns. Unsere Bürgerinnen und Bürgern nahmen ihre demokratischen Rechte in die Hand und übten einen für Raesfeld bisher und hoffentlich auch in Zukunft einmaligen Vorgang aus, angefangen von einer Online-Petition mit über 1.500 Unterschriften, dem Veranstellen einer Mahnwache mit 250 - 300 TN und zu guter Letzt dem Start eines Bürgerbegehrens, um die getroffene politische Entscheidung auszusetzen bzw. rückgängig zu machen und einen neuen politischen Diskurs zu initiieren.

Für mich, als Verfechter unserer rechtlichen Grundprinzipien, ein außergewöhnlicher Vorgang.

Ein Bürgerbegehren sollte hier in Raesfeld allerdings die absolute Ausnahme darstellen und darf nicht zur Regel werden.

Auch wenn es dem ein oder anderen Lokalpolitiker bitter aufstößt, ist dies bürgernahe und gelebte Politik hier vor Ort. Wir sollten nicht den Fehler begehen und die Bürgerinnen und Bürger mit dem deutlich negativen Begriff der „Schwurbler“ belegen, wie es im letzten Hauptausschuss leider passiert ist. Unter dieser despektierlichen Begrifflichkeit fallen sogenannte Verschwörungstheoretiker, anders Denkende und diejenigen die pauschalen Verurteilungen von Ungeimpften problematisieren. Wir sollten uns davor hüten, erneut Bevölkerungsgruppen mit dieser Titulierung ab- und auszugrenzen.

Unser ehemaliger Bundespräsident Herr Joachim Gauck äußerte einmal: „Neben den Parteien und anderen demokratischen Institutionen existiert (...) eine zweite Stütze unserer Demokratie: die aktive Bürgergesellschaft.“²

Es wird Zeit, dass wir solche politischen Entscheidungen einfach gründlicher diskutieren und vor allem der Öffentlichkeit erläutern. Das setzt allerdings auch voraus, dass die Ratsmitglieder alle Fakten und Alternativen im Vorfeld einer Entscheidung

² Rede des ehemaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck nach seiner Vereidigung zum Bundespräsidenten am 23. März 2012

benannt bekommen. Das gehört aus meiner Sicht zur gesetzlich verankerten Informationspflicht dazu.

Gemeint sind damit, die scheinbar bestehenden Angebote weiterer Mietwohnungen, das Anbieten von Brachflächen als mögliche Containerstandorte und die konkrete Kostenberechnung zur Erstellung eines Containerdorfes unter Berücksichtigung aller Variablen.

Wir geben im Rahmen der Dorfentwicklung gerade Unsummen an Geld aus, um unseren Kern zu verschönern, nehmen den Jugendlichen dann den letzten Rückzugsort und sorgen für Ängste bei den Eltern der Grundschulkinder, nur um den Schutzsuchenden nicht zumuten zu müssen, mit dem Fahrrad zu fahren oder zu Fuß einige Meter mehr zu laufen?

Also sollte die Frage erlaubt sein, wie es mit den Flächen im Bereich des Sportplatzes, oder mit Freiflächen in Gewerbegebieten aussieht?

Die Stadt Borken macht es uns gerade vor. Dort wird die alte Grundschule in Hoxfeld zur Flüchtlingsunterkunft umgebaut. Um die 5,5 km bis zum Zentrum zurückzulegen, erhalten die Flüchtlinge gebrauchte Fahrräder.

Schule

Ein weiterer wichtiger Punkt ist wohl die derzeitige Situation an unseren Grundschulen. Aus unserer Sicht war dies bereits längerfristig absehbar. Wir haben in den letzten Jahren neue Kindergärten gebaut, bzw. erweitert. Bereits da muss absehbar gewesen sein, dass dies auch die Grundschulen treffen wird. Warum kümmert man sich erst jetzt darum? Liegt es an einem möglichen Personalmangel innerhalb der Verwaltung oder war der aufgebaute Druck der Schulpflegschaften der Grund dafür jetzt aktiv zu werden und nicht noch länger zu warten?

Die Gemeinde hat aufgezeigt, dass sie die Räumlichkeiten multifunktional nutzen möchte. Wir sind gespannt, wie das aussehen soll. Die Multifunktionalität darf allerdings nicht erneut zu Lasten unserer Kinder erfolgen.

Im folgenden Jahr möchte man über die ersten Entwurfspläne beraten, sich 2025 in die bauliche Umsetzung begeben und zum 31.12.2027 rechnet man mit einer Fertigstellung.

Also deutlich nach der gesetzlichen Verpflichtung der Ganztagsbetreuung.

Wir erwarten, dass die betreffenden Ausschüsse zum Jahresanfang dann vollumfassend und unmittelbar informiert werden um zeitgerecht sinnvolle Lösungen für die Ganztagsbetreuung zu erreichen.

Es bleibt allerdings festzuhalten, dass wir erneut der Entwicklung hinterherlaufen.

Wir als UWG hätten erwartet, dass im Haushaltsplanentwurf 2024 zumindest finanzielle Mittel für Planungstätigkeiten zum Betreuungsausbau vorgehalten werden. Doch die sucht man im Haushalt leider vergeblich.

Laut Verwaltung gibt es im Haushalt einen pauschalen Ansatz von Planungskosten in Höhe von 50.000, - Euro.

Sollte diese Summe nicht ausreichend sein, so bin ich mir sicher, dass die im Haushalt angesetzten 80.000, - Euro Planungskosten für die Kläranlage so hoch bemessen sind, dass wir davon etwas umverteilen können.

Umwelt- und Klimaschutz

Wie vorhin bereits erläutert, stehen im aktuellen Haushaltsplanentwurf einige Maßnahmen im Sachzusammenhang.

Leider handelt es sich dabei um Maßnahmen für größere Investoren oder die Gemeindeverwaltung selbst.

Verstehen Sie mich nicht falsch... auch das ist wichtig und richtig, aber wir vergessen unserer Bürgerinnen und Bürger dabei erneut.

Warum, sehr geehrte Fraktionsmitglieder, sind Sie nicht dem Vorschlag der UWG gefolgt und haben zumindest ein kleines Förderprogramm für Balkon-PV-Anlagen und Dachbegrünungen aufgelegt? Hier hätte endlich jeder Mieter, jeder Geringverdiener etwas für den Klimaschutz bewirken können.

Wie sagte Michelangelo:

„Wenn ich alles Große genau betrachte, so sehe ich, dass es aus lauter Kleinigkeiten zusammengesetzt ist, und wenn ich genau hinsehe, erkenne ich, dass es so etwas wie eine Kleinigkeit gar nicht gibt“.³

Die Kosten für ein Balkonkraftwerk belaufen sich auf 500-800 €. Angenommen, die Gemeinde hätte unserem Antrag entsprochen und beispielsweise jährlich für 1.000 Haushalte 100 Euro ausgelobt, dann sprechen wir hier von 100.000 Euro, die für die unmittelbare Unterstützung unserer Bürgerinnen und Bürger vorgesehen gewesen wären.

Mich persönlich hat es schon sehr überrascht, dass sich selbst die Grünen und die SPD nicht dazu durchringen konnten unseren Antrag zu unterstützen. Ging es doch darum, ein Zeichen für den Klimaschutz zu setzen und um eine unmittelbare Unterstützung unserer Bürgerinnen und Bürger mit kleinem bis mittlerem Einkommen. Auch sie haben das Bedürfnis, etwas für den Klima- und Umweltschutz zu unternehmen und letztendlich ihre Verbrauchskosten zu reduzieren.

Also eigentlich die Kernthemen der beiden Parteien.

³ Michelangelo (1475-1564), italienischer Bildhauer, Maler, Baumeister und Dichter

Nur zur Erinnerung: 2022 haben wir mit einem Plus von 2.433.093 Euro abgeschlossen. Wir investieren über 10 Millionen Euro in unsere Gemeinde. Bei diesen Summen finden wir es wirklich verwunderlich, dass wir keine Fördermittel für unsere Bürgerinnen und Bürger aufbringen können.

Das ist schade, Herr Tesing, das ist schade, liebe Ratskollegen

Industriegebiete

Eine positive Entwicklung ist die Sicherung und Stärkung der Wirtschaft vor Ort. Hierzu gehört die Erweiterung der Gewerbegebiete in Raesfeld und Erle. Nun stehen der Gemeinde ca. 40 % mehr Gewerbeflächen zur Verfügung.

Und damit sind wir beim nächsten Schenkelklopfer. In Erle wurden ca. 40.000 Kubikmeter Boden ausgekoffert und nach Raesfeld verfahren. Alleine diese Kosten dürften sich auf mehrere tausend Euro belaufen.

Somit verfügt Raesfeld nun immerhin über ein „gehobenes“ Gewerbegebiet. 😊

Dieses könnte ein besonderes Verkaufsargument für interessierte Unternehmen sein, denn wer will schon auf Augenhöhe mit der Konkurrenz sein? Na ja, ob das Problem der Einleitung von Niederschlag in das Regenrückhaltebecken nicht kostengünstiger erbracht werden konnte, bleibt offen. Was hier falsch gelaufen ist, sollen andere bewerten. Aber eine Glanzleistung war es mit Sicherheit nicht.

Damit kommen wir auch schon zu einem der dunkelsten Ereignisse in diesem Jahr. Ich hoffe Ihnen geht ein Licht auf.

Genau.... Es geht um den Rabodoweg.

Hier war es sehr wichtig, Licht ins Dunkle zu bringen. Auf die gestellten Fragen zu den durchgeführten Arbeiten waren wir vom Erfindungsreichtum der Antworten positiv überrascht. Es ist sehr wichtig für die Verwaltung auf Fachfirmen zu setzen, die sich mit den baulichen Gegebenheiten am Schloss auskennen. Dieses ist somit anscheinend die Begründung, Vergleichsmöglichkeiten auszuschließen. Ein Hauptgrund zur Durchführung der Baumaßnahme ist die Sicherheit der Gäste im Haus Bertholt. Somit wurde die Maßnahme in olympischer Geschwindigkeit durchgeführt. Leider wurde hier vergessen, die Wasserleitung für das Rosenbeet mit zu verlegen. Offiziell durch ein Missverständnis in der Kommunikation.

Kommen wir nun aber zu dem Wichtigsten am heutigen Tag.

Haushaltszahlen

An dieser Stelle möchte ich mich bei unserem Bürgermeister Herrn Tesing, dem Kämmerer Herrn Greving und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken, die mit der Erstellung des 295-seitigen Haushaltsplans befasst waren.

Erneut hat die Gemeinde einen umfangreichen, von deutlichen Investitionen strukturierten Haushaltsplanentwurf vorgelegt. Insgesamt will die Gemeinde rund 10 Millionen Euro investieren.

Wie in den letzten Jahren üblich, wurde der Haushalt mit einem negativen Ergebnis geplant.

Seitdem ich in der Lokalpolitik tätig bin, hat die Gemeinde bis auf einen Fall im Jahr 2020, immer ein negatives Ergebnis erwartet. Die Worthülsen waren immer gleich... und was soll ich sagen... jedes Mal haben wir das Jahr mit einem deutlichen Plus beendet.

Zuletzt war es 2022 wieder so weit. Der Haushaltsplanentwurf wies einen Fehlbetrag von Minus -679.200 Euro aus. Tatsächlich konnte er aber mit einem Plus von 2.433.093 Euro abgeschlossen werden. Das bedeutet, die Gemeinde hat einen Überschuss von 3,1 Millionen Euro erwirtschaftet. Auch für 2023 hat der Kämmerer der Gemeinde mittlerweile angekündigt, dass von einem positiven Ergebnis ausgegangen werden kann.

In den mittelfristigen Finanzplanungen haben wir laut Berechnung der Verwaltung 2024 und 2025 die schwersten Jahre zu bewältigen und trotzdem wäre unsere Ausgleichsrücklage mit dann geschätzten Berechnungen der VW bei 12,2 Millionen Euro und somit immer noch höher als 2021 mit 10,7 Millionen.

Wir als UWG verstehen und unterstützen natürlich, dass der Kämmerer vorsichtig mit den Steuergeldern umgeht, aber wir sind aufgrund der getroffenen Maßnahmen der letzten 2 Jahre - u. a. die Gewerbegebietserweiterungen und in den folgenden Jahren die hinzukommenden Erträge durch Windkraft, durchaus optimistisch, am Ende erneut besser dazustehen als erwartet wurde.

Trotzdem müssen wir weiter umsichtig planen, Investitionen kritisch hinterfragen und dürfen natürlich nicht über unsere Verhältnisse leben.

Unser Haushalt weist ein rechnerisches Defizit von 1,7 Millionen Euro, abzüglich der Investitionskosten für den Bereich des Froschbrunnenplatzes, aus. Für uns als UWG erscheint das angesichts der voraussichtlichen wirtschaftlichen Lage unproblematisch. In den nächsten 2 Jahren müssen wir nun mal mit hohen Ausgaben und Investitionen

rechnen. Die Dorferneuerung, die Sanierung der Kanäle und der Ausbau unserer Bildungsstruktur machen dies einfach erforderlich.

Durch die Erschließung weiterer Gewerbegebiete werden wir es schaffen, eine unserer Haupteinnahmequellen weiter zu steigern und verschaffen uns somit die Möglichkeit, die Ertragslage in den kommenden Jahren zu optimieren und weiterhin finanziell unabhängig zu bleiben.

Neben der Steigerung der Abwasser- und Abfallgebühren sieht der Haushalt 2024 auch vor, die fiktiven Hebesätze für die Grundsteuer A und B anzuheben.

Mit dieser Erhöhung passt sich die Gemeinde den fiktiven Hebesätzen des Landes NRW an.

Nach der vorliegenden 1. Modellrechnung zum GFG 2024 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2024) erhält die Gemeinde Raesfeld auch im Haushaltsjahr 2024 keine Schlüsselzuweisungen vom Land. Im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung ist unter Berücksichtigung der derzeitigen Grundlagen ebenfalls nicht mit der Gewährung von Schlüsselzuweisungen zu rechnen.

Somit müssten wir uns **nicht** zwangsläufig an den fiktiven Hebesätzen des Landes orientieren

Warum belasten wir unserer Bürgerinnen und Bürger neben den gestiegenen Abfall- und Abwasserkosten nun auch noch mit einer Steigerung der Grundsteuer?

Seit Jahren spricht unsere Verwaltung von einer schwierigen Haushaltslage und seit Jahren schließen wir erfreulicherweise mit einem deutlichen Plus ab. Es ist an der Zeit, dass wir in der schwierigen Zeit auch mal ein Zeichen setzen und unseren Bürgerinnen und Bürgern unmittelbar etwas zurückgeben bzw. sie zumindest nicht weiter belasten.

Wir als UWG votieren dafür, die fiktiven Hebesätze im Bereich der Grundsteuer A und B nicht anzuheben. Unsere Gemeinde steht finanziell auf soliden Füßen. Es geht uns gut.

Den Bürgerinnen und Bürgern wird auf jedem Gebiet in die immer leerer werdenden Taschen gegriffen, angefangen von hohen Benzin-, Strom- und Gaspreisen, über immer weiter steigenden Lebenshaltungskosten und weiteren Preissteigerungen.

Bei einem 2022 errechneten Plus von über 2 Millionen Euro sollten wir doch auch mal an eine Entlastung denken.

Auch wenn die Aussetzung der Anhebung der fiktiven Hebesätze letztendlich nur ein symbolisches Zeichen darstellen.

Denn näher betrachtet, führen diese Erhöhungen lediglich zu unwesentlichen Mehreinnahmen. Bei einem Gesamthaushalt von 27 Millionen ist dies noch nicht einmal ein Tropfen auf einem heißen Stein.

Umso erschreckender, dass sich die CDU-Fraktion und die Fraktion der Grünen noch nicht einmal zu diesem winzig kleinen symbolischen Zeichen hinreißen lassen konnte.

Allerdings erscheint es uns nicht verhältnismäßig, aufgrund der dann doch möglichen geringen Entlastung den Haushalt in seinem Gesamtpaket abzulehnen.

Somit kann ich sagen, dass die UWG dem Haushaltsplan für 2024 zustimmen wird.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei Ihnen allen, aber besonders bei den Mitgliedern der UWG für die konstruktive Haushaltsberatung bedanken.

Lassen Sie uns den Schwung des bürgerlichen Engagements aufgreifen, um transparente, öffentliche Politik in Raesfeld zu gestalten. Lassen Sie uns das Bürgerbegehren als Chance für den politischen Diskurs sehen und gemeinsam unser schönes Dorf weiter voranbringen.

Ihnen allen wünsche ich persönlich und auch im Namen der UWG Raesfeld-Erle ein erfolgreiches, glückliches und hoffentlich gesundes Jahr 2024

Frohe Weihnachten

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Volker van Wasen
UWG Fraktionsvorsitzender

(es gilt das gesprochene Wort)